

Anwohner wollen Sicherheit

BÜRGERINITIATIVE Sorge wegen möglicher Schadstoffe, Gestank und Lärm

VON MARCO DI LENARDA

Longerich/Niehl/Weidenpesch.

Im Kölner Norden prallen erneut die Interessen von Anwohnern und Industrie aufeinander: Die in der Geestemünder Straße ansässige „Gewerbeabfallsortierung und Verwertung Gesellschaft Köln mbH“ (GVG) hat bei der Bezirksregierung Köln beantragt, künftig so genanntes AIV-Holz lagern zu dürfen. Dabei handelt es sich um mit Schutzmitteln behandeltes altes Holz, für das es in Köln bis dato keine Lagerungsmöglichkeit gibt. Rainer Zinkel, Mitglied in der „Bürgerinitiative Wohnen und Umwelt Kölner Norden“ (BIWU), zeigte sich beim jüngsten Informationsabend besorgt: „Wir hoffen auf hohe Brandschutzbestimmungen. Bei der GVG gab es 2007 und im vergangenen April bereits zwei Brände.“ Er fürchtet erneute Zwischenfälle.

GVG-Geschäftsführer Matthias Müller sagte auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Das Holz soll nicht unter freiem Himmel, sondern in einer Halle gelagert werden. Wir haben ein gut funktionierendes Feuerschutzkonzept und arbeiten eng mit der Berufsfeuerwehr zusammen. Alles ist sicher.“

Matthias Müller kündigte zudem an, schnell das Gespräch mit den Kritikern suchen zu wollen. Noch bis Montag, 28. Februar, können Bürger bei der Bezirksregierung Köln an der Zeughausstraße 2-10 sowie beim städtischen Umweltamt – Willy-Brandt-Platz 2 – den Genehmigungsantrag einbringen.

Das Vorhaben der GVG war eines von zahlreichen Themen, die beim monatlichen Informationsabend der „BIWU“ diskutiert wurden. Der Verein hatte dazu in das Pfarrheim der Gemeinde Christ-König geladen. Zu den Besuchern gehörten auch die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Barbara Lorsbach (CDU), der Fraktionsvorsitzende der SPD, Horst Baumann, sowie



Die GVG will an der Geestemünder Straße 20 künftig auch behandeltes Holz lagern.

BILD: MOL

Mitglieder der Bürgervereine Niehl und Longerich.

Den größten Teil des Abends nahm die Diskussion um das Gewerbegebiet an der Hugo-Junkers-Straße ein. Das dort ansässige Entsorgungsunternehmen RWR hat über das Partnerunternehmen M + P GmbH entlang der Schienentrasse von der Deutschen Bahn ein 47 000 Quadratmeter großes Grundstück erworben und möchte dort expandieren. Teile der erworbenen Fläche sollen auch an Drittfirmen gehen.

Die Anwohner haben Angst vor zusätzlichem Lärm, mehr Verkehr und Geruchsbelästigungen. Auseinandersetzungen gibt es nun darüber, ob der Firma RWR erlaubt werden soll, auf dem als Gewerbegebiet eingestuften Areal neben Parkplätzen und Werkstätten auch eine etwa 2000 Quadratmeter große Umschlagshalle zu errichten. RWR-Geschäftsführer Wolfgang Michels verspricht, die Lärm- und Geruchsbergrenzen nicht zu überschreiten. „Dort sollen Papier und Plastik gepresst, sortiert und verladen werden. Wir arbei-

ten an fünf Tagen die Woche nicht länger als 18 Uhr. Die Anwohner werden nicht zusätzlich belastet.“

Daran glauben die Vertreter des Bürgervereins nicht. „Michels ist unzuverlässig. Er schafft Fakten, ohne dafür eine Genehmigung zu haben“, sagte BIWU-Vorstand Wilhelm Schlöber. Tatsächlich habe das Unternehmen in der Vergangenheit gegen geltende Bestimmungen versto-

Die Anwohner werden nicht zusätzlich belastet

Wolfgang Michels

Ben, als es das erworbene Gelände einzäunte. Michels räumt ein, „dass dieser Schritt gegen geltendes Baurecht verstoßen hat“, sagt aber auch „Ich hatte auch eine Verkehrssicherungspflicht. Der Zaun hat verhindert, dass sich etwa BMX-Fahrer den Gleisen nähern konnten. Außerdem ging so der Sprit-Diebstahl auf unserem Gelände zurück.“

Die Politik ist sich uneins. Horst Baumann teilte mit, dass sich die Bezirks-SPD dafür einsetzt, dem Unternehmen die Sondergenehmigung zu verwehren. Die CDU steht dem Ansinnen offener gegenüber. Der Vorsitzende des christdemokratischen Ortsverbands, Martin Erkelenz, sagte, man müsse die Kommunikation mit Michels suchen. Auch die Grünen wollen sich zunächst alle Pläne anschauen.

Letztlich entscheidet der Rat über den Bebauungsplan. Auch dort scheint noch Klärungsbedarf zu herrschen. Ende Januar hat der Stadtentwicklungsausschuss die Offenlegung des Bebauungsplans bereits zum zweiten Mal verschoben.

Diskutiert wurde im Pfarrheim auch die Parkplatzproblematik in Longerich. Gerade die Bewohner der Grasseggerstraße klagen immer wieder darüber, dass die Besucher des Heilig-Geist-Krankenhauses die kostenfreien Abstellplätze belegen statt das vorhandene Parkhaus zu nutzen. www.bezreg-koeln.nrw.de www.stadt-koeln.de/3/umwelt